

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 16 (1926)
Heft: 21

Rubrik: Aus der politischen Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus der politischen Woche.

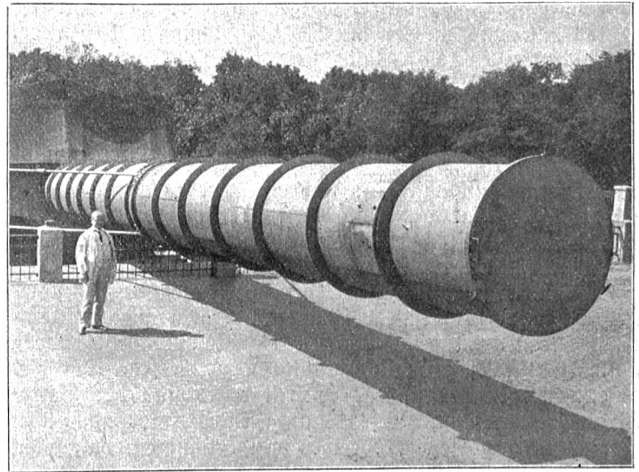
Eine ganze Reihe großer politischer Ereignisse hat uns die vergangene Woche gebracht. Den

Abbruch des Generalstreiks in England

konnten wir in der letzten Wochenrundschau noch kurz melden. Die Kampfanfrage der Trade Unions an das Unternehmertum war ein Fehlschlag und zum vornherein zum Scheitern verurteilt, wie wir schon in der letzten Nummer dargetan haben. Die Kohlenkrise und die Industriekrise überhaupt ist mit dem Abbruch des Großkampfes noch nicht gelöst. Die Grubenarbeiter streiken weiter, beziehungsweise sind weiterhinausgesperrt, weil sie die ihnen von den Grubenbesitzern offerierten reduzierten Löhne nicht annehmen wollen. Ihr Widerstand wäre nutzlos, wenn nicht die große öffentliche Meinung auf ihrer Seite wäre, d. h. ihre Forderung auf ein menschenwürdiges Dasein, auf gerechte Entlohnung und den 7 Stundentag, unterstützte. Man weiß heute den Unterschied zu machen zwischen der Arbeit in sauberer heller Werkstätte und der Arbeit 1000 Meter unter der Erde, und droht von giftigen Gasen und schlagenden Wettern. Und man sieht auch die aufsteigende Gefahr des Kommunismus, die mit der Unzufriedenheit der Arbeiterschaft proportional wächst. Der Kommunismus bildet heute, wie seinerzeit der Sozialismus, im kapitalistischen Staate die Signalpfeife, die die gefährdrohende Ueberhitzung des sozialen Dampfkessels ankündigt. In seinem eigenen Interesse wird der kapitalistisch organisierte Staat das Sicherheitsventil nicht verstopfen, d. h. die kommunistische Partei nicht unterdrücken und natürlich auch den Dampfkessel nicht zur Explosion kommen lassen, sondern durch vermehrte Sozialfürsorge die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft dämpfen. So hat denn die Regierung Baldwins auf den Vorschlag Sir Herbert Samuels, des Präsidenten der Untersuchungskommission für die Kohlenindustrie, hin, den Kohlengruben weitere Millionen Unterstützungsgelder für kurze Zeit zugesichert, um den streitenden Parteien noch eine Frist zur Einigung zu geben. Diese Frist bedeutet für die Arbeiter eine bloße Galgenfrist; denn nach dem Zusammenbruch des Generalstreiks haben sie von den Grubenherrn — oder besser von den Banken, die die Rentabilität des Grubenkapitals zu überwachen haben — kein Entgegenkommen zu erwarten. Denn bei der Beschaffenheit des heutigen Geldes ist es ja ganz ausgeschlossen, daß die englischen Kohlenbetriebe noch länger mit relativ hohen Löhnen und kurzer Arbeitszeit belastet bleiben können bei zurückgehendem Absatz an Kohle. Das Geld fließt bekanntlich immer in die Kanäle des größten Zinses und ist mit keiner Gewalt in die Röhren abnehmender Rendite zurückzupumpen. Eine Reorganisation der englischen Kohlenindustrie ist unvermeidlich (Schließung von unrentablen Gruben und technischer Ausbau der verbleibenden Werke), und sie wird sich zweifellos durchsetzen und zwar in der Richtung des geringsten Widerstandes: Arbeiterentlassung, Rückbildung der Löhne und, wo angängig, längere Arbeitszeit.

Regierungskrise in Deutschland.

Dr. Luther, der Parteilose, ist über einer spezifischen Parteiangelegenheit gestolpert und zu Fall gekommen. In keiner Frage geht es in der deutschen Politik so hitzig zu wie in der Flaggenfrage. Das große Publikum kümmert sich bekanntlich wenig um Prinzipien und Theorien in der Politik; es lebt von Schlagworten und Symbolen. So nicht etwa bloß in Deutschland, sondern überall. Seit der November-Revolution von 1918 tobt in Deutschland der Kampf der Parteien um die große Entscheidung: Sie Republik! Sie Monarchie! Die Oberströmung im politischen Leben haben die Republikaner; dies zweifellos mit wachsendem Zufluß aus dem großen Reservoir der unpolitischen Menge; die Reichsbannerleute beherrschen die Straßen der Städte mit ihrem Aufgebot. Aber nach wie vor stellen die monar-



Die Creptower Sternwarte

verfügt über das längste Fernrohr der Welt von 21 m Länge. Das Archerholdische Fernrohr vermag 6000 mal zu vergrößern, es wird durch elektrische Kraft bewegt. Unser Bild zeigt den Lauf des Fernrohrs, der mit Eisenblech umkleidet ist, um Temperaturschwankungen der Luft im Inneren zu verhindern.

christischen Parteien die geldmächtige und bis in die obersten Behörden des Reiches einflußreiche Unterströmung im deutschen Staatsleben dar. Offiziell wagen es die Rechtsparteien seit der Erstarkung der republikanischen Mittelparteien nicht mehr, die Republik anzugreifen. Aber sie halten ihren schützenden Schild über die versteckten Feinde der Republik in der Reichswehr, in den Gerichtsbehörden, in der Verwaltung, in der Schule und in der Kirche. Sie rekrutieren mit ihrer Jungmannschaft die nationallistischen Organisationen und Geheimverbände. Sie halten durch Denkmaleinweihungen, Gedächtnisfeiern, Jahreszusammenkünfte und sportliche Feste die heranwachsende Generation in steter nationallistischer Spannung. Der Tenor der offiziellen Festreden ist immer noch antirepublikanisch gefärbt; selten wagt ein Redner ein freudiges und überzeugtes Bekenntnis zur Republik.

Diese Grundstimmung in der deutschen Öffentlichkeit kommt im Flaggenstreit zum Ausdruck. Das Deutschland im Auslande, das vielfach die Schreden des Krieges nicht miterlebt hat, verleugnet ostentativ die Reichsfarben; es will von Schwarz-Rot-Gold nichts wissen und beflaggt mit den alten Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot. Auch der Handel hält an diesen Farben fest mit der Ausrede, daß ein Flaggenwechsel die deutschen Handelsinteressen schädigen würde. Natürlich stehen hinter all diesen Widerständen die kapitalstarken monarchistischen Kreise: die Agrarier und gewisse Industrielle und Kaufleute. Dr. Luther hatte dem Druck dieser Kreise nachgegeben, als er die Verordnung erließ, wonach die alte Reichsflagge im Auslande neben der offiziellen der Republik verwendet werden darf. Das war eine recht unpolitisch gedachte Herausforderung der republikanischen Parteien. Diese nahmen die Herausforderung an und verabschiedeten den Kanzler mit einem Mißtrauensvotum.

Gleichzeitig deckte die Berliner Polizei — wahrscheinlich unter der Mithilfe und unter dem Druck der sozialistischen Partei — den Plan eines Rechtsputsches auf, der der Republik und der Weimarer Verfassung ein rasches Ende bereiten sollte. Es handelte sich um großangelegte Vorbereitungen zu einem Marsch auf Berlin durch die nationallistischen Verbände; genannt werden der Stahlhelm-, der Wikingerbund und der Sportverein Olympia. Der Anstiftung verdächtig und zum Teil schon verhaftet sind Männer wie der Industrielle Eugenberg, der die nationallistische Presse in den Händen hat oder finanziert, General von Möhl, Admiral von Schröder, Oberst Nicolai, der gewesene allmächtige Chef des Kriegspresseamtes, Kulttrat Claß, Kapitänleutnant Ehrhardt, der Führer der berüchtigten Organi-

sation „Konjul“, die die Erzberger- und Rathenaumörder geliefert hat, und andere mehr. Hausdurchsuchungen haben bei einigen dieser Herren belastendes Material zutage gefördert, und die deutsche Justiz ist wieder mit Material zu einem politischen Montierprozeß versehen.

Der Puttschplan sah auch einen Einfall in Posen vor zwecks Entfesselung eines Krieges gegen Polen, in dem das Bündnis mit Rußland erprobt werden sollte. Nach dem „Matin“ war der von Rußland finanzierte Generalstreik in England nur eine Vorbereitung auf diesen Krieg gegen Polen, in dem sich die deutschen Streitkräfte hinter die Elbe zurückgezogen hätten, den Franzosen das zerstörte Westdeutschland überlassend, um erst Polen niederzutreten und dann mit russischen Waffen das kommunistisch durchwühlte Frankreich gründlich zu Boden zu werfen. Der Zusammenbruch des englischen Generalstreikes und der Verrat des Puttschplanes hat diese Phantasien diesmal noch über den Haufen geworfen. Aber wer will behaupten, daß solche Pläne außer dem Bereich der Möglichkeit lägen?

Die polnische Revolution.

Mit unvermuteter Plötzlichkeit ist es in Warschau zu einem Staatsstreich des Marschalls Pilsudski gekommen. Vier in Kielce und Siedlice garnisonierte Regimenter erhoben sich am Mittwoch den 12. Mai gegen die Regierung des rechtsstehenden Witos und marschierten, von Pilsudski geführt, auf Warschau zu. Sie drangen in die Vorstadt Praga ein, besetzten mit Panzerautomobilen und Artillerie die Brücken über die Weichsel und drangen zuletzt unter blutigen Straßenkämpfen, in denen sich die Bewohner der Stadt neutral verhielten, bis zum Belvedere-Balast vor, in den sich die Regierung zurückgezogen hatte. Endlich gab diese den Widerstand auf und überließ fliehend dem Diktator Pilsudski das Regiment. Witos demissionierte nachträglich in aller Form, um nicht den Bürgerkrieg heraufzubeschwören, wie er sagte. Die Ruhe ist in Warschau bereits wieder hergestellt, an 310 Opfer wurden unter Anteilnahme der ganzen Bevölkerung beerdigt, und bereits ist auch die neue Landesregierung eingesetzt: Stellvertretender Präsident der Republik ist Rataj, der bisherige Sejurmarschall; als neuer Ministerpräsident wurde Bartel, Professor an der Polntechnischen Schule in Lemberg, ausgewählt; sich selbst hat Pilsudski das Kriegsministerium vorbehalten.

In Posen verdichtet sich der Widerstand gegen die neue Regierung unter der Leitung des reaktionären Generals Haller zu einer militärischen Gegenaktion. Auch aus Schlesiens Polen wird eine gegenrevolutionäre Bewegung gemeldet.

-ch-

Meine Hand, meine Frau und die Dienstmädchen.

Von Frik Müller.

Heute ist der 23. Mai. Am 15. April haben wir geheiratet, am 30. April unser neues Heim bezogen, und am 1. Mai hat meine junge Frau das erste Dienstmädchen engagiert. Bei dem Engagementsabschluß war ich nicht zugegen. Erst nachher wurde ich zugezogen. Meine Frau kam nämlich in mein Arbeitszimmer und sagte:

„Frik, ich habe die Marie engagiert. Komm heraus.“

„Ja“, sagte ich, „aber was soll ich noch?“

„Nun, es gehört sich doch, daß du ihr die Hand gibst.“

Da ging ich hinaus und gab der Marie die Hand.

Am 5. Mai ging die Marie wieder fort. Infolge gütlicher Vereinbarung mit meiner Frau. Meine Frau streitet nämlich nicht gern. Sie kam in mein Zimmer und sagte:

„Frik, komm' heraus.“

„Was soll ich?“

„Die Marie geht fort, gib ihr die Hand.“

„Ja, warum denn?“

„Ach, Frik, weißt du, damit man in Frieden auseinanderkommt.“

Da ging ich hinaus und gab der Marie die Hand. Am gleichen Tage, gegen Abend, kam das neue Dienstmädchen. Genzi hieß sie. Ich machte selbst die Türe auf.

„Sie wünschen?“ sagte ich.

„Ich g'hör daher“, sagte sie.

Darauf gab ich ihr die Hand. Meine Frau sah es und war sehr zufrieden mit mir.

„Siehst du“, sagte sie, „das macht gleich einen guten Eindruck auf das Mädchen. Da bleiben sie.“

Am 10. Mai war es wieder vorbei. Es gab ein ganzes Bündel von Gründen dafür, warum die Genzi wieder ging. Sie weinte in der Küche.

„Frik“, sagte meine Frau, „geh in die Küche und gib ihr noch die Hand.“

Da ging ich in die Küche und gab der Genzi die Hand.

Am 11. Mai trat die Johanna ein. Sie war sehr resolut und hatte eine Riesenhand. Es war schon mehr eine Taze. Ich sah unschlüssig zwischen meiner Frau und der Taze hin und her.

„Na“, sagte meine Frau ermunternd.

Da gab ich auch der Johanna die Hand. Ich habe es einen und einen halben Tag lang gespürt.

Dann brach eine Schonzeit an für meine Hand, die bis gestern gedauert hatte. Gestern, am 22. Mai, erklärte mir meine Frau, die Johanna müßte unbedingt fort. Sie sei zu herrlich. Sie, meine kleine Frau, getraue sich schon gar nicht mehr in die Küche.

„Hm“, sagte ich und meine Hand zuckte, „in Gottes Namen, dann kündige ihr halt.“

„Ich?“ sagte meine Frau, „das geht doch dich an.“

„Mich?“

„Ja, wen denn sonst? Du bist doch der Herr im Hause, nicht?“

„Gewiß, gewiß“, sagte ich, „aber...“

„Na, du wirst doch keine Angst haben?“

„Nein, das nicht, aber...“

„Na, also, geh' hinaus. Ich räume inzwischen deinen Schreibtisch hier auf.“ Der Schreibtisch war schon aufgeräumt. Aber es kann nie schaden, wenn ein Schreibtisch zweimal aufgeräumt wird.

Also ging ich hinaus. Ganz allein hinaus und gab der Johanna die Hand. Es war sehr schmerzhaft, und die Johanna sah mich erstaunt an. Dann ging ich wieder in mein Zimmer. Dort hatte meine Frau das Tintenfaß umgeworfen. Sie schien sehr aufgeregt.

„Nun?“ sagte sie, „was hat sie gesagt?“

„Gesagt? Nichts.“

„Das wundert mich aber.“

Gegen Abend sagte meine Frau:

„Denke dir, Frik, sie macht noch gar keine Anstalten. Noch nicht einmal ihren Koffer hat sie gepackt.“

„Wer?“

„Die Johanna, natürlich.“

„Nun“, sagte ich, „merkwürdig, sehr merkwürdig.“

„Du hast ihr doch gesagt, daß sie gleich gehen kann, nicht?“

„Ich habe ihr die Hand gegeben“, sagte ich. „Wie immer“, fügte ich hinzu. „Vielleicht hat sie es nicht ganz verstanden?“

Darauf sagte meine Frau ganz unvermittelt: „Frik, du bist ein...“ Hier verwendete sie ein Wort, das sie vor der Ehe nie gebraucht hatte.

„Bitte“, sagte ich, „ich habe noch nie anders gekündigt hier, als indem ich die Hand gab.“

Darauf schoß meine Frau in die Küche, und es war ein großer Skandal.

Heute ist die Luise bei uns eingetreten. Meine Frau ist nicht in mein Zimmer gekommen, um es mir zu sagen, und ich habe der Luise nicht die Hand geben müssen.

Ich glaube, daß ich es künftig überhaupt nicht mehr tun muß.